

TSCHECHIEN

Super-Gipsy hat viel zu tun

Anton Landgraf

Nicht nur ökonomisch, auch politisch steckt Tschechien in einer tiefen Krise. Rassismus und Fremdenhass nehmen derweil drastisch zu, betroffen sind vor allem Sinti und Roma. Nicht wenige von ihnen verlassen aus Furcht das Land.

In größter Not kommt er in seinem roten Kostüm angefliegen und rettet Witwen, Waisen und unschuldig Verfolgte. Dazu singt und rappt Radoslav Banga, Frontmann der Hip-Hop-Gruppe Gipsy.cz, in seinem Musikvideo „Aven Romale“ („Geh los, Roma“) in den Straßen von Prag. Ausgerechnet ein „Super-Gipsy“, wie sich Banga selbstironisch nennt, sollte das Land kürzlich im European Song Contest vertreten.

Das hat zwar nicht geklappt - Banga schied bereits im Halbfinale aus. Doch immerhin gelang es ihm, viel Aufmerksamkeit für ein anderes Anliegen zu erhalten. Denn Banga gehört zu den rund 300.000 Sinti und Roma, die in Tschechien leben. Und deren Lage dort alles andere als einen einfachen ist. Keine andere Minderheit befindet sich so sehr am Rand der Gesellschaft, keine andere Bevölkerungsgruppe wird so systematisch ausgegrenzt.

Zwei Drittel von ihnen leben in gettoähnlichen Notquartieren, die überwiegende Mehrheit ist arbeitslos, viele Roma-Kinder gehen nicht zur Schule. Einer aktuellen Umfrage zufolge können es sich gerade mal zwölf Prozent der tschechischen Bevölkerung vorstellen, in direkter Nachbarschaft mit einem Sinto oder Rom zu leben. Seit Tschechien in den Sog der Weltwirtschaftskrise geraten ist, nimmt die Diskriminierung noch deutlich zu.

Daher findet es Banga „eigentlich paradox“, dass sich das tschechische Fernsehen gerade für ihn entschieden hat, um das Land zu repräsentieren. „Die Mehrheit der Tschechen ist extrem fremdenfeindlich, nicht nur gegen Sinti und Roma, sondern gegen alles, das irgendwie anders ist“, erzählt er. Sein Auftritt als „Super-Gipsy“ kommt für ihn dennoch zum rechten Zeitpunkt, gerade weil die Gewalt gegen Roma eskaliert.

Vor allem ein Anschlag auf eine Roma-Familie in der osttschechischen Kleinstadt Vitkov sorgte Mitte April für Entsetzen. Unbekannte hatten Brandsätze auf ihr Haus geworfen. Ein zweijähriges Mädchen erlitt Verbrennungen an 80 Prozent des Körpers, drei weitere Familienangehörige wurden schwer verletzt. Zuvor wurden allein in Mähren, im Süden des Landes, zehn Brandanschläge auf Roma-Häuser gezählt.

Besonders verstörend findet Banga den Umstand, dass die fremdenfeindlichen Übergriffe oft auf Verständnis stoßen. „Jedes Wochenende ziehen bei uns Neonazis durch die Straßen, Roma werden angegriffen. Wenn da 20 Leute rumstehen und ‚Heil‘ brüllen, lachen wir noch“, berichtet der junge Musiker. „Wenn es 1.000 sind, ist es schon weniger lustig.“

In manchen Vierteln werden die Rechtsextremisten sogar von Anwohnern herbeigerufen. Ein drastisches Beispiel ereignete sich in Janov, einem Viertel der nordböhmischen Stadt Litvínov am Rande des Erzgebirges: In der Plattenbausiedlung leben vorwiegend Angehörige der Roma-Minderheit, die angeblich Passanten ausraubten und Einwohner bedrohten. Mehrfach marschierten martialisch gekleidete Rechtsradikale in Bomber-

jacken durch das Viertel und lieferten sich Schlägereien mit Roma und Polizisten. Ende vergangenen Jahres eskalierte die Situation. Rund 600 Neonazis verwickelten tausend Sicherheitskräfte in eine mehrstündige Straßenschlacht. Anwohner standen daneben und applaudierten. Ende Januar organisierten die Neonazis so genannte „Patrouillen“ durch Janov und riefen einen Monat später in Litvínov sogar ihren eigenen „Schattenbürgermeister“ aus, der das „Problem“ des Roma-Viertels einer entschiedenen „Lösung“ zuführen will.

Staatspräsident Klaus stellte den EU-Reformvertrag indirekt auf eine Stufe mit dem Münchner Abkommen von 1938, das zur Zerschlagung der damaligen Tschechoslowakei durch Nazi-Deutschland führte.

Verantwortlich für die mittlerweile regelmäßig stattfindenden Aufmärsche ist die „Delnická Strana“ (Arbeiterpartei), die größte tschechische Nazi-Organisation. Sie versucht systematisch, die Spannungen zwischen Bevölkerung und Roma zu schüren. Unterstützung erhält sie dabei auch von deutschen Neonazis. So demonstrierten am 18. April in der nahe zur deutschen Grenze liegenden Stadt Usti nad Labem tschechische Nazi-Gruppen gemeinsam mit deutschen, slowakischen und ungarischen

Rechtsextremen. Ende April meldete der tschechische Fernsehsender Nova, dass tschechische und deutsche Nazis ein formelles Bündnis geschlossen haben.

Ganz so weit wie im Nachbarland Ungarn, wo faschistische Organisationen weitgehend ungestört rassistische und antisemitische Hetze betreiben können, ist es in Tschechien zwar noch nicht. Aber auch Martin Linhart, Leiter der Abteilung Sicherheitspolitik im tschechischen Innenministerium, muss konstatieren, dass die tschechischen Rechtsextremen ihre öffentlichen Aktionen zunehmend professioneller organisieren und radikaler auftreten. Offenbar mit Erfolg. Während die „Arbeiterpartei“ bei den Kommunalwahlen 2004 gerade mal 1.900 Stimmen erhielt, waren es 2008 knapp 29.000. In einigen Regionen konnten die Nazis bereits die „Grünen“ überflügeln.

Mittlerweile gibt es auch Versuche, die tschechische Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Unter dem Motto „Dost!“ („Genug!“) versammelten sich Anfang Mai Sinti und Roma, aber auch Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und anderen Bürgerinitiativen, um gegen Übergriffe zu demonstrieren. In einigen Städten wurden die Teilnehmer dabei von Neonazis angegriffen.

Für Ivan Veselý sind die Vorfälle symptomatisch: „Das Problem sitzt tief, die Mehrheit der Bevölkerung ist unzufrieden mit ihren persönlichen Lebensverhältnissen, mit der Krise, der wachsenden Arbeitslosigkeit“, erklärte der Vorsitzende der Roma-Organisation „Dzeno Association“. Und diese Menschen versuchten nun, die Roma dafür verantwortlich zu machen. Obwohl tschechische Politiker

FOTO: EPA/FILIP SINGER



Vom ökonomischen Niedergang hart getroffen: Die Zahl der Arbeitslosen in Tschechien hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Wie in Luxemburg und anderen europäischen Städten gab es am Samstag auch in Prag Proteste gegen die Krise bzw. deren Ursachen.

die jüngsten Anschläge scharf verurteilt haben, existieren nach wie vor keine langfristigen Strategien, um die Roma zu integrieren und die Spannungen zu überwinden.

Auch Klára Kalibová von der Bürgerinitiative „Toleranz“ betrachtet die Entwicklung mit großer Sorge: „Wenn nicht eine breite Öffentlichkeit ihre Solidarität mit den Roma bekundet und guten Willen zeigt, könnte der Extremismus gerade jetzt während der Wirtschaftskrise noch weiter zunehmen.“

Die Aussichten sind jedenfalls alles andere als rosig. Im vergangenen Quartal schrumpfte die tschechische

Wirtschaft um 3,4 Prozent, doppelt soviel, wie erwartet wurde. Die Industrieproduktion ging sogar um rund ein Fünftel zurück. Noch vor wenigen Monaten hatte die Regierung erklärt, das Land werde die Krise gut überstehen und die Wirtschaft weiter wachsen. Nun erwartet sie ein Minus von drei Prozent für 2009. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt und liegt bei rund acht Prozent - Tendenz weiter steigend. Für viele bedeutet diese Entwicklung eine existenzielle Bedrohung, denn eine nennenswerte soziale Absicherung gibt es kaum.

Die Regierung versuchte bislang, mit populistischen Maßnahmen auf die Rezession zu reagieren. In den vergangenen Jahren waren vor allem ukrainische Arbeitssuchende nach Tschechien gekommen. Nun erhalten arbeitslose Ausländer einen kostenlosen Heimflug und eine Prämie von 500 Euro, wenn sie das Land verlassen.

Die guten Zeiten sind vorbei. Nach dem EU-Beitritt erlebte Tschechien zunächst einen beispiellosen Wirtschaftsboom. Seit 2004 wuchs die Wirtschaft jährlich um über sechs Prozent, vor allem wegen den rasant gestiegenen Exporten im Automobil- und Maschinenbausektor. In den Ballungsräumen klagten viele Unternehmen über einen akuten Fachkräftemangel. Junge, gut ausgebildete Fachkräfte und Hochschulabsolventen in den urbanen Zentren konnten sich die Jobs oft aussuchen. Parallel dazu stiegen die Bruttolöhne durchschnittlich um 21,3 Prozent.

Kein Wunder also, dass viele Tschechen den EU-Beitritt positiv beurteilten. Umfragen zufolge sind vier Fünftel überzeugt, ihr Land habe vom EU-Beitritt profitiert. Und trotz der schon fast bizarren Europa-Skepsis von Staatspräsidenten Václav Klaus sehen die Tschechen die EU-Erweiterung sogar deutlich positiver als der durchschnittliche EU-Bürger.

Doch nicht alle nehmen am Aufschwung teil. Zu den Verlierern zählen die Belegschaften der maroden Schwerindustrie und die Beschäftigten in den ländlichen Regionen. Nun trifft die Wirtschaftskrise auch die neue Mittelschicht. Die Angst vor dem sozialen Abstieg schürt Ressentiments gegen die Minderheiten - gerade weil viele fürchten, bald in eine ähnliche Lage geraten zu können.

Hinzu kommt, dass sich das Land in einer tiefen politischen Krise befindet. Erst kürzlich wurde der von Staatspräsident Klaus so vehement bekämpfte Lissabon-Vertrag über die EU-Erweiterung vom tschechischen Senat angenommen. Klaus warf den Senatoren daraufhin „feiges Versagen“ vor und stellte den Reformvertrag indirekt auf eine Stufe mit dem Münchener Abkommen von 1938, das zur Zerschlagung der damaligen Tschechoslowakei durch Nazi-Deutschland führte. Dass sogar einige Senatoren

von Klaus' eigener Partei, der konservativen ODS, dem Vertrag zustimmten, dürfte für den Staatspräsidenten besonders schmerzhaft sein.

Klaus kritisiert die EU als ein System, das den freien Markt unterdrücke und die Wirtschaft einer zentralen Lenkung unterwerfe. Seine neoliberalen Ansichten sind jedoch angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise nicht mehr besonders populär. Als „Monarch ohne Wähler“ bezeichnete ihn vergangene Woche die in Prag erscheinende einflussreiche Wirtschaftszeitung „Hospodá ské Noviny“.

Nicht viel stabiler zeigt sich derzeit die Regierung. Bereits im Frühjahr musste das Kabinett von Ministerpräsident Mirek Toplánek nach einem Misstrauensantrag zurücktreten. Eine Übergangsregierung unter dem früheren Leiter des staatlichen Statistikamtes, Jan Fischer, soll nun die EU-Ratspräsidentschaft zu Ende führen und die Neuwahlen im Oktober vorbereiten. Als seine wichtigste Aufgabe bezeichnete Fischer indes die Planung des neuen Haushaltes - was angesichts der Wirtschaftslage vor allem umfangreiche Kürzungen bedeutet.

Mit anderen Fragen wird sich die Regierung der Bürokraten wohl kaum befassen. Unwahrscheinlich, dass ausgerechnet sie ein Konzept gegen den zunehmenden Rassismus entwickeln kann.

Sinti und Roma vertrauen jedenfalls schon seit längerem nicht mehr auf staatliche Hilfe, sondern suchen eigene Wege, um den Anfeindungen zu entkommen. Seitdem Kanada vor zwei Jahren die Visumpflicht für tschechische Staatsbürger aufgehoben hat, ist die Zahl der Asylanträge sprunghaft angestiegen. In den ersten drei Monaten des Jahres stellten fast 653 Roma entsprechende Anträge - fast soviel, wie im gesamten Vorjahr. Gut möglich, dass selbst „Super-Gypsi“ Radoslav Banga bald das Weite sucht. „Es ist wirklich beunruhigend, wenn Neo-Nazis Seite an Seite mit ganz normalen Bürgern demonstrieren“, erklärte er kürzlich. „In einem solchen Land wollen wir nicht leben.“

Anton Landgraf ist Publizist und lebt in Berlin.

